

Kurz & Knapp: Aktuelle Entwicklungen

Die folgende Übersicht trägt bedeutsame aktuelle Entwicklungen auf dem Feld der Geldwäscheprävention und -repression sowie umliegender Themengebiete im Zeitraum von Mitte Februar 2024 bis Anfang Mai 2024 zusammen.

Geldwäschepaket im EU-Parlament verabschiedet

Am 24. April 2024 hat das EU-Parlament dem seit 2021 verhandelten Reformpaket, das neben der neuen EU-Geldwäscheverordnung auch ein Update der EU-Geldwäscherichtlinie sowie eine Verordnung zur Errichtung der EU-Anti-Geldwäschebehörde AMLA enthält, formal zugestimmt. Zur offiziellen Verkündung der Rechtsakte fehlt jetzt nur noch die Zustimmung des Rates, die angesichts der bereits erfolgten politischen Einigung aber nur noch Formsache ist.

EU-Hochrisikostaat: Vereinigte Arabische Emirate, Panama und Gibraltar bleiben vorerst gelistet

Wie Mitte April bekannt wurde, sind die Pläne der EU-Kommission, die Vereinigten Arabischen Emirate, Panama und Gibraltar von der Liste der EU-Hochrisikostaat zu streichen, vorerst am Widerstand des EU-Parlaments gescheitert.

Referentenentwurf für ein Vermögensverschleierungsbekämpfungsgesetz veröffentlicht

Das Bundesministerium der Finanzen hat im April den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz des Wirtschafts- und Finanzsystems vor der Verschleierung und Einbringung bedeutsamer inkriminierter Vermögenswerte“ veröffentlicht. Sollte der Entwurf in den nächsten Wochen tatsächlich – wie es zumindest in Teilen der Regierungskoalition geplant ist – verabschiedet werden, folgt eine ausführliche Analyse des neuen Gesetzes in der nächsten Ausgabe der Geldwäsche & Recht.

Konsultation des Entwurfs einer Verordnung zur Videoidentifizierung gestartet

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 18. April 2024 den Referentenentwurf einer Verordnung zur geldwäscherechtlichen Identifizierung durch Videoidentifizierung (Geldwäschevideoidentifizierungsverordnung – GwVideoIdentV) veröffentlicht. Verbände, Verpflichtete, Behörden und Videoidentifizierungsanbieter haben nun die Möglichkeit, sich mit einer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf (GwVideoIdentV-E) gegenüber dem BMF zu äußern. Näheres über den Entwurf schreibt *Till Komma* auf S. 53 ff. in diesem Heft.

FIU: Neue Dokumente veröffentlicht

Im ersten Quartal 2024 hat die FIU eine neue Fassung ihrer „Typologien – Besondere Anhaltspunkte für das Erkennen einer möglichen Terrorismusfinanzierung“ veröffentlicht und auch die Hinweise zur „Meldungsabgabe und Sonstiges in goAML Web“ aktualisiert.

FIU: Hinweis zum Verdachtsfällen während des laufenden Registrierungsprozesses

Die FIU hat mitgeteilt, dass es wegen der zum 31. Dezember 2023 ausgelaufenen Frist, sich bei goAML zu registrieren, zurzeit zu Verzögerungen bei der Bearbeitung Registrierungen kommen kann. Für den Einzelfall sei jedoch sichergestellt, dass noch nicht abschließend registrierte Verpflichtete dennoch Verdachtsfälle elektronisch über goAML-Web melden können: Verpflichtete, die einen Verdachtsfall melden wollen, aber noch nicht registriert sind, können durch eine E-Mail an gzd@fiu.bund.de mit entsprechenden Eingaben die vorgezogene Bearbeitung ihres Registrierungsantrages auslösen.

AFCA: FAQ zu den geldwäscherechtlichen Implikationen des Glücksspielstaatsvertrags und Whitepaper zur Sanktionsumgehung veröffentlicht

Die Anti Financial Crime Alliance (AFCA) hat ihr FAQ-Papier zur „Umsetzung der Vorgaben an Kreditinstitute aus dem Glücksspielstaatsvertrag i.d.F. vom 01.07.2021 und F. vom 01.07.2021 und Bekämpfung des unerlaubten Glücksspiels im Allgemeinen (Version 1.0)“ im internen Bereich der FIU-Homepage zum Download zur Verfügung gestellt. Zudem findet sich dort ein ebenfalls von der AFCA verfasstes Papier, in dem Maßnahmen von Kreditinstituten gegen die Umgehung von außenpolitischen Sanktionen behandelt werden.

BaFin: Rundschreiben zu Hochrisikostaat veröffentlicht

Die Finanzaufsicht (BaFin) hat am 22. April 2024 das Rundschreiben 04/2024 (GW) veröffentlicht, in dem sie über Hochrisikostaat, also Staaten, die in ihren Systemen Mängel zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung aufweisen, informiert. Wie üblich beschränkt sich der Inhalt des Schreibens darauf, die Risikoeinstufungen von EU und FATF wiederzugeben.